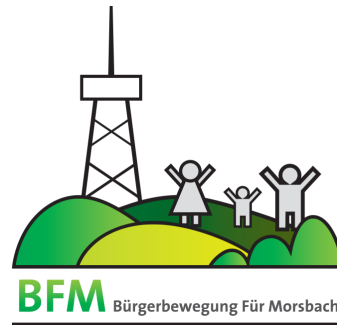


Rede zum Haushalt 2019
BFM Bürgerbewegung Für Morsbach



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

das Haushaltsjahr 2018 schließt voraussichtlich mit einem Überschuss in Höhe von etwa 1,4 Millionen Euro ab. Eigentlich ein Grund zur Freude, wenn nicht unsere Kämmerei für das Haushaltsjahr 2019 wieder ein Defizit in Höhe von knapp 3 Millionen € erwarten würde

Für die Gemeinde zunächst keine guten Zukunftsaussichten, aber im Vergleich zu unseren Nachbarkommunen steht Morsbach sehr stark und solide da.

Als Gemeinderat bzw. als gewählte Volksvertreter sind wir den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, verantwortungsvoll mit den Haushaltsmitteln zu wirtschaften und Entscheidungen ausschließlich zum Wohle unserer Gemeinde zu treffen. Ein Parteibuch oder übergeordnete Interessen dürfen nicht unser politisches Handeln beeinflussen. Auch müssen manchmal Entscheidungen getroffen werden, die wenig prestigeträchtig sind oder aber auch harte Einschnitte bedeuten. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können damit wir unseren Kindern und Enkelkindern keinen Schuldenberg hinterlassen, sondern eine Heimat auf die man stolz sein kann. Aber meine Damen und Herren, wir dürfen uns auch nicht kaputt sparen! Wir müssen gezielt und wohlüberlegt investieren und handeln.

Wir als BFM stellen uns dieser Herausforderung und haben das Ziel, im Jahr 2022/23 einen ausgeglichenen Haushalt darstellen zu können fest im Blick. Wir stimmen moderaten Steuererhöhungen zu um Belastungen für zukünftige Generationen abzumildern und unseren Haushalt nachhaltig zu entlasten. Allerdings darf es bei Haushaltskonsolidierung nicht nur darum gehen, die Einnahmen zu erhöhen - ach wenn dies die einfachste und schnellste Lösung ist. Die Nachhaltigkeitssatzung die auf unsere Initiative hin umgesetzt wurde verpflichtet uns, gewollte freiwillige Ausgaben durch mehrheitsfähige Deckungsvorschläge gegenzufinanzieren. Maßloses Geld ausgeben ohne daran zu denken wie man es bezahlt, wird so eingedämmt. Ein erster Schritt in die richtige Richtung. Vielleicht wäre dies auch etwas für den Kreistag des Oberbergischen Kreises. Hier wird am Ende jede kostspielige Idee auf die Kreisumlage aufgeschlagen, denn der Bürger wird es schon zahlen.

Durch das integrierte Handlungskonzept werden wir unsere Gemeinde modernisieren und fit für die Zukunft machen. Projektkosten in Höhe von etwa 20 Millionen Euro wurden anerkannt, das Land NRW ist bereit, 10 Millionen Euro in unsere Gemeinde zu investieren. Dies bedeutet aber auch, dass die Gemeinde Morsbach in gleicher Größenordnung und eventuell sogar noch darüber hinaus investieren muss. Die geplanten Maßnahmen sind sicherlich alle richtig und wichtig, die Detailplanung wird uns aber noch beschäftigen. Hier wünschen wir uns auch eine größtmögliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Denn es ist unser aller Morsbach!

Diese Verschönerungs- und Modernisierungsmaßnahmen lösen allerdings nicht das Problem des stark erhöhten Aufkommens des Schwerlastverkehrs. Im Ortskern sind täglich hunderte LKWs zu zählen, die für die Firmen Montaplast, ALHO, SÄBU und KLEUSBERG mit Ziel A 4 den Ortskern durchqueren. Die Wohn- und Aufenthaltsqualität

leidet hierdurch enorm. Wir haben daher angeregt, die Anwohner der betroffenen Straßen über Förderprogramme für Lärmschutzmaßnahmen zu informieren und diese zu begleiten.

Wir begrüßen die Entscheidung der NRW Landesregierung, die beiden Landstraßen 324 und 336 zu sanieren bzw. auszubauen, auch wenn dies den Ortskern nicht entlastet. Unser offener Brief an Herrn Löttgen scheint also Wirkung gezeigt zu haben.

Um den Ortskern zu entlasten werden wir wahrscheinlich eine weitere Anbindung benötigen. Wir sind der Meinung, dass diese mit dem Land Rheinland-Pfalz ergebnisoffen geplant werden sollte. Vielleicht lässt sich vorhandene Infrastruktur entsprechend ausbauen. Was die beste Lösung sein wird wissen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht. Wir wissen aber, dass wir die aktuell vorgestellte Trassenführung ablehnen werden. Die wahrscheinlich entstehenden Vorteile rechtfertigen in keiner Weise die harten Eingriffe und Zerstörungen.

Bei all diesen Leuchtturmprojekten im Zentralort dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir auch in den Bestand sowie in unsere Außenorte investieren müssen. Aber auch hier sind wir auf einem guten Weg und haben seitens der BFM einiges auf den Weg gebracht.

In der Grundschule sowie im Kindergarten in Holpe werden auf unseren Antrag hin die alten Öl-Heizungen durch moderne regenerative Heizungssysteme ersetzt. Ein Festhalten an fossilen Brennstoffen wäre nicht nur unverantwortlich gegenüber nachfolgenden Generationen, sondern würde unserem gemeindlichen Klimaschutzkonzept entgegenstehen. Die Gemeinde ist hier in der Pflicht und muss als Vorbild vorangehen.

In Katzenbach wird der eigens eingerichtete Schulweg nach Appenhagen ertüchtigt damit die Kinder sicher zur Bushaltestelle kommen. Der aktuelle Zustand ist für Kinder gefährlich und nicht akzeptabel.

Auf unsere Initiative hin, erhalten Dorfgemeinschaften sowie Träger von Kinderspielplätzen in den nächsten Jahren einen Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro zur Sanierung der Spielgeräte. Zudem haben wir durchgesetzt, dass der jährliche Zuschuss der Gemeinde zur Unterhaltung in Höhe von 250 Euro auf 500 Euro verdoppelt wird. Dies stärkt die Außenorte und macht sie für Familien mit Kindern attraktiv.

Erfreulich ist auch, dass der Breitbandausbau in unserer Gemeinde so erfolgreich verläuft und die letzten weißen Flecken in Kürze durch Fördergelder von Land und Bund angebunden werden. Dies sogar mit Glasfaser bis ins Haus. Auch wenn andere Fraktionen weiter auf Kupfer bzw. auf das sogenannte Vectoring setzen sind wir der Überzeugung, dass ein jeder Haushalt in der Gemeinde Morsbach mit Glasfaser angebunden werden muss. Glasfaser ist die Zukunft und dafür werden wir uns weiter einsetzen!

Meine Damen und Herren, wir sind auch sehr gespannt darauf wie die Landesregierung nun mit den Straßenausbaugebühren umgeht. Es ist gut, dass sich alle Fraktionen unserer Resolution zur Abschaffung der Beiträge angeschlossen haben.

Die derzeitige Erhebungspraxis nach KAG ist nicht mehr zeitgemäß, führt immer häufiger zu Konflikten und ist in hohem Maße existenzbedrohend. Die Beiträge für Straßenbaumaßnahmen liegen oftmals im fünfstelligen Bereich und sind insbesondere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinerziehende oder Rentner kaum oder gar nicht zu finanzieren. Was, wenn man sich keine Kreditfinanzierung leisten kann oder man erst gar

keinen Kredit erhält? In der Folge könnte man gezwungen sein, seinen Grundbesitz veräußern zu müssen. In Ausnahmefällen ist die Gewährung einer Ratenzahlung oder aber auch eine Stundung der Beiträge möglich. Aber wie lange kann sich eine Gemeinde dies in finanzieller Schieflage überhaupt leisten? Wie lange würde sich die Gemeinde Morsbach gedulden? In der OVZ nahm kürzlich unser Landtagsabgeordneter Bodo Löttgen Stellung und lehnte eine Abschaffung der Beiträge ab. Wenn man den Bürgerwillen so eklatant missachtet und ignoriert, dann darf man sich nicht wundern wenn sich die Menschen von den sogenannten Volksparteien abwenden. Bei uns wird der Bürger ernst genommen!

Das für 2019 vorgesehene Straßenzustandskataster wurde durch die Mehrheit des Rates aus dem Haushalt gestrichen. Wir haben uns enthalten da offensichtlich auch die CDU-Fraktion als Antragsteller nicht hinter dem Konzept steht.

Im vergangenen Jahr haben wir durchgesetzt, dass ein Ansatz in Höhe von 150 TEUR in das Haushaltsjahr 2020 zur Sanierung des Sportplatz „Auf der Au“ eingestellt wird. Für einen jeden ist ersichtlich, dass der Platz in einem schlechten Zustand ist und eine Erneuerung ohne wenn und aber vollzogen werden muss. Durch die Entscheidung seitens der Gemeinde, sich finanziell zu beteiligen ist es nun möglich, sich um weitere Fördergelder zu bewerben um den Platz mitsamt Umgebung zu entwickeln. Unsere drei Fussballvereine Morsbach, Holpe und Wallerhausen investieren viel in die Jugendarbeit und leisten viel Jugendarbeit. Die Gemeinde darf sie dabei nicht alleine lassen!

Liebe Ratskollegen, ein harter Standortfaktor ist auch die örtliche Schullandschaft. Unser Schulzentrum bietet beste Voraussetzungen für gute Bildung und durch die geplanten Investitionen und Modernisierungen wird es noch attraktiver. Neben einer guten Infrastruktur benötigen wir aber auch eine gute Schule und die meine Damen und Herren haben wir. Unsere Leonardo Da Vinci Schule bereitet unsere Kinder bestmöglich auf alle Abschlüsse vor. Wir haben sehr engagierte und sehr gut ausgebildete Lehrer vor Ort. Die Hohe Zahl der Abgänger mit dem sogenannten Q-Vermerk spricht für sich. Wir können sehr stolz auf unsere Schule sein!

Im Hinblick auf die geplanten Investitionen und Modernisierungen wünschen wir uns die Zusammenlegung von Schul- und öffentlicher Bücherei um zentral an einem Ort Wissen zur Verfügung zu stellen. Der Aufbau eines Selbstlernzentrums wäre damit möglich und der Haushalt könnte entlastet werden, da Medien nicht für zwei Standorte angeschafft werden müssten. Wir werden dies im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung weiter vorbringen. Aktuell wird sogar berufsbildender Unterricht für angehende Industrie- und Werkzeugmechaniker angeboten. Liebe Kollegen, wir müssen zusammen daran arbeiten, dass dieser für weitere Ausbildungsberufe erweitert wird! Durch das Angebot einer wohnortnahen Beschulung werden die Rahmenbedingung für die örtlichen Unternehmen verbessert.

Die von uns beantragte Ordnungspatenschaft mit dem oberbergischen Kreis wurde inzwischen umgesetzt. Zusammen mit unserer Forderung nach mehr Polizisten im Südkreis, erhoffen wir uns mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Mehr Sicherheit versprechen wir uns auch mit der Bereitstellung einer Drehleiter für unsere Feuerwehr. Die Bereitstellung wurde sogar explizit in einem Gutachten empfohlen. Die Mehrheit des Rates weiß es aber anscheinend besser und hat nun abgelehnt, einen Ansatz in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen. Aus unserer Sicht eine sehr fahrlässige Entscheidung, denn diese hätte nicht nur die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger erhöht, sondern auch die der Kameradinnen und Kameraden.

Damit sich unsere Gemeinde weiter so gut entwickelt müssen alle im Rat vertretenen Fraktionen an einem Strang ziehen. Ich bitte daher insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU Fraktion ihre persönlichen Befindlichkeiten zurückzustellen und wieder aktiv an der Gemeindeentwicklung teilzunehmen. Seit dem Jahr 2009 haben Sie nicht einem Haushalt zugestimmt. Sie haben dadurch also Projekte wie den Breitbandausbau oder das Integrierte Handlungskonzept abgelehnt. Ob bremsen und blockieren im Sinne ihrer Wähler ist, kann ich nicht beurteilen. Im Sinne und zum Wohle der Gemeinde Morsbach ist es aber jedenfalls nicht.

An dieser Stelle danken wir allen ehrenamtlichen Helfern in unserer Gemeinde, die sich vielfältig einbringen, sei es in Vereinen, der Feuerwehr oder Bürgerhilfe. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Gemeinde. Ihnen Herr Bürgermeister, und der gesamten Verwaltung mit Bauhof sagen wir Dank für die Arbeit zum Wohle unserer schönen Gemeinde.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Jan Schumacher
Fraktionsvorsitzender